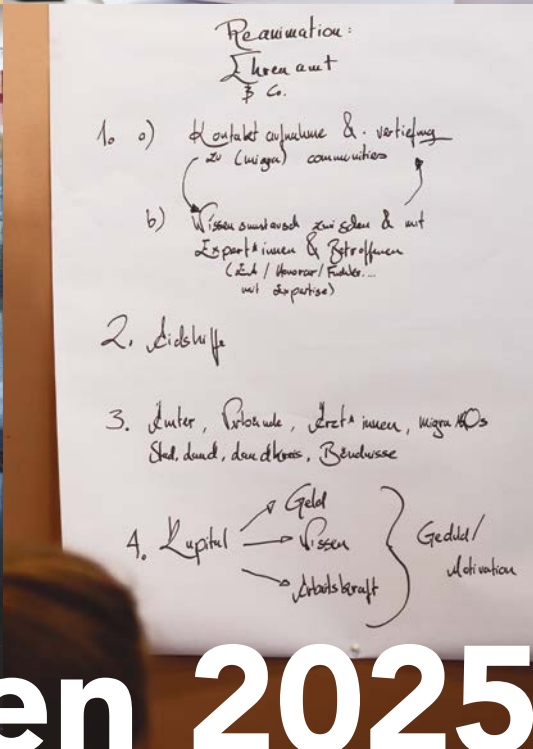
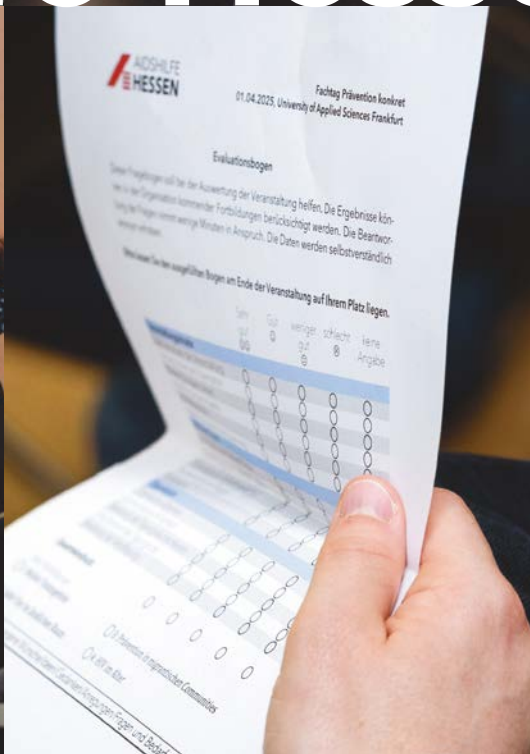




Aidshilfe Hessen 2025





Impressum

AIDS-Hilfe Hessen e.V.
Böttgerstraße 22
60389 Frankfurt

Tel. 069/590711
info@aids-hilfe-hessen.de
<https://aids-hilfe-hessen.de>

Frankfurt am Main, Juli 2026.

Mitglieder des Landesvorstands:

Martí Klatt, Susanne Maul, Sibylle Schneider,
 Patricia Wagner, Felix Vogel.

Autor*innen:

Nina Bagheri, Florian Beger (verantwortlich),
 Marie-Claire Koch, Dr. Jonas Müller, Christian Rosner.

Gestaltung und Layout:

Alexander Michaelopoulos

Bild- und Illustrationsnachweis:

David Mergenthal, David Palzer,
 Sanja Prautzsch, Christian Rosner.

Gefördert durch:



HESSEN
 Hessisches Ministerium
 für Familie, Senioren, Sport,
 Gesundheit und Pflege



HESSEN
 Hessisches Ministerium
 für Arbeit, Integration,
 Jugend und Soziales



Editorial

Ende 2024 lebten rund 9.060 Menschen mit HIV in Hessen, etwa 670 davon ohne Diagnose. Ein möglicher Wendepunkt der Epidemie zeichnet sich ab: Mit 180 Neuinfektionen pro Jahr ist das Infektionsgeschehen wieder auf dem Niveau vor der Corona-Pandemie angekommen – in einzelnen Gruppen zeigt sich sogar eine beschleunigte Dynamik.

Wichtig ist: Wer eine HIV-Diagnose erhält und Zugang zur Therapie hat, kann heute gut und dauerhaft behandelt werden – auch eine Übertragung ist dann ausgeschlossen. Eine große Herausforderung bleibt jedoch, bislang unerkannt mit HIV lebende Menschen zu erreichen. Denn fehlende Diagnosen stehen einer Bewältigung der Epidemie weiterhin im Weg. Häufig betrifft dies Menschen, die aufgrund sozialer Benachteiligung, Stigmatisierung oder struktureller Barrieren keinen ausreichenden Zugang zu Prävention und Gesundheitsversorgung haben. Prävention ist daher untrennbar mit dem Abbau von Diskriminierung und mit besseren Zugängen zum Gesundheitssystem verbunden.

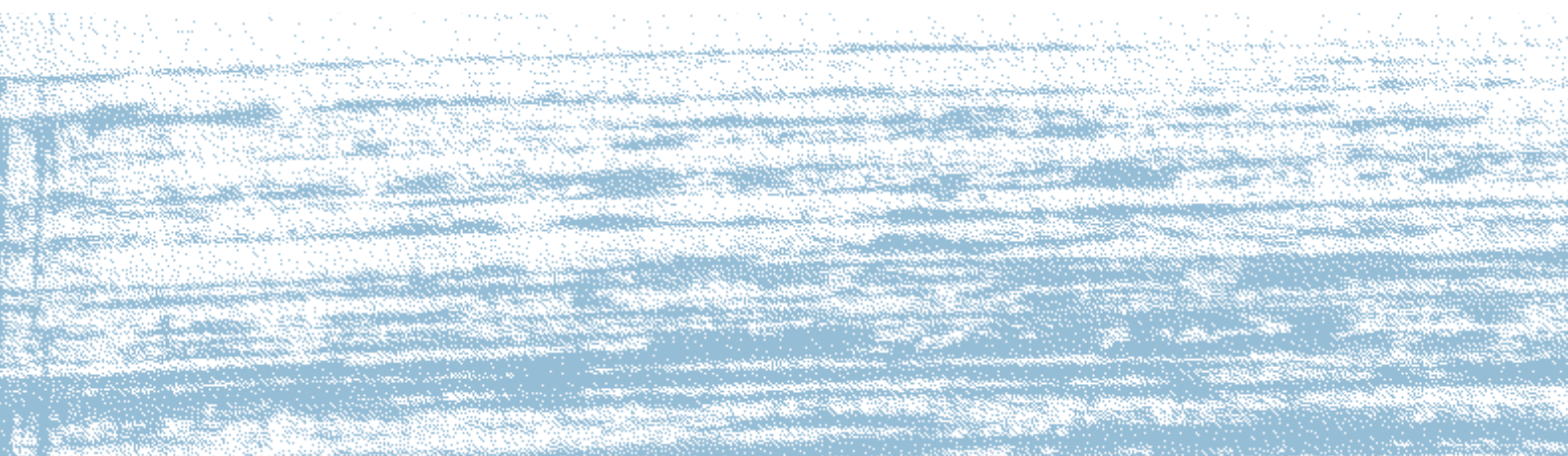
Hinzu kommt: HIV wird im medizinischen Alltag gelegentlich nicht als mögliche Ursache einer Erkrankung in Betracht gezogen. Dies führt dazu, dass Infektionen teilweise erst spät erkannt werden – trotz bereits fortgeschrittener Erkrankung. Entstigmatisierung hilft, ein realistisches Bild von HIV auch im medizinischen Alltag zu verankern.

Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verändert. Viele der besonders betroffenen Gruppen – etwa queere Menschen, Menschen mit Fluchtgeschichte oder Menschen, die Drogen gebrauchen – sehen sich aktuell mit zunehmenden Belastungen und Ausgrenzung konfrontiert. Neue Herausforderungen auch für die psychosoziale Arbeit der Aidshilfen. Diese wiederum müssen steigende Kosten bei stagnierenden Fördermitteln tragen – faktisch reduzieren sich Ressourcen kontinuierlich.

Vor diesem Hintergrund stehen die hessischen Aidshilfen vor wichtigen Weichenstellungen. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bringt zusätzliche organisatorische Anforderungen mit sich. Die geplanten Reformen der Eingliederungshilfe und zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung könnten zudem zu einem weiteren Abbau der Qualität notwendiger Unterstützungsangebote für Menschen mit HIV führen. Gleichzeitig entstehen neue fachliche Herausforderungen: Die wachsende Zahl älterer Menschen mit HIV erfordert angepasste Unterstützungsangebote.

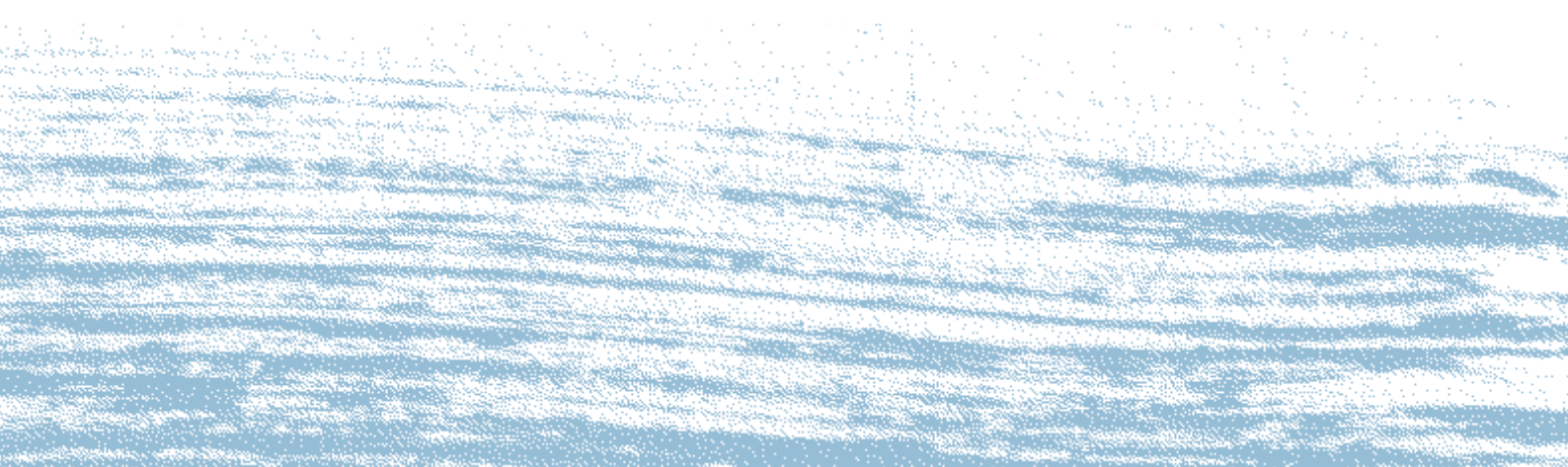
Die Aidshilfen reagieren darauf mit einer doppelten Strategie: Sie setzen sich weiterhin politisch für bessere strukturelle Bedingungen ein – und leisten zugleich konkrete Unterstützung im Alltag der Betroffenen. Dabei bringt eine neue Generation von Mitarbeitenden eigene Perspektiven in die Arbeit ein und gestaltet die Aidshilfe aktiv weiter.

Auch in herausfordernden Zeiten können wir Teilhabe und Gesundheit aller Menschen, die in Hessen leben, erfolgreich fördern. Wir freuen uns über aktive Unterstützung dabei – durch fachliche Impulse, ehrenamtliches Engagement, gemeinsame Projekte oder Spenden. Sprechen Sie uns gerne an.



Inhalt

Impressum, Förderhinweis	2
Editorial	3
Verband	6
Aus den Regionen	7
Leben mit HIV in Hessen	9
Pro Plus Hessen	10
<i>Fachbeitrag:</i>	
Elektronische Patient*innenakte	12
Präventionsziele 2030	16
Fachtag Prävention konkret	17
Hessen ist geil	22
Präventionsautomaten	23
Gesundheitsförderung im Strafvollzug	26
Rainbow Refugee Support	28
Finanzen 2025	30



Verband

Der Landesverband AIDS-Hilfe Hessen e.V. ist die gemeinsame Plattform der neun hessischen Aidshilfen. Seit seiner Gründung 1988 koordiniert er die fachliche Zusammenarbeit, vertritt gemeinsame Positionen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und entwickelt Standards für Prävention, Beratung und Versorgung.

Zentraler Anspruch ist eine integrierte Strategie: Die Aidshilfen verbinden Prävention mit sozialer Unterstützung und setzen sich zugleich für bessere Lebensbedingungen der besonders betroffenen Gruppen ein. Dazu gehören unter anderem Menschen mit HIV, Männer, die Sex mit Männern haben, queere Menschen, Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sowie Menschen, die Drogen gebrauchen. Der Verband versteht sich dabei ausdrücklich auch als Ort der Selbsthilfe und Selbstvertretung.

Die inhaltliche Arbeit wird maßgeblich durch verschiedene Fachgremien getragen, in denen Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten. Im Jahr 2025 befassten sich diese unter anderem mit den Folgen des Bundesteilhabegesetzes, mit neuen Entwicklungen im Drogengebrauch – etwa dem zunehmenden Crack-Konsum – sowie mit der Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Präventionsangebote.

Die Geschäftsstelle in Frankfurt bildet das organisatorische Rückgrat des Verbands. Sie koordiniert Projekte, unterstützt die interne Abstimmung und fungiert als zentrale Anlaufstelle für externe Anfragen. Inhaltliche Schwerpunkte lagen 2025 in den Bereichen „Leben mit HIV“, Angebote für queere Menschen sowie gesundheitsfördernde Angebote für Menschen, die Drogen gebrauchen. Ergänzt wird die Arbeit durch ehrenamtliches Engagement, etwa im Projekt der Präventionsautomaten.

Ein weiterer Fokus lag auf der Öffentlichkeitsarbeit: Der Verband positionierte sich zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen, betrieb Medienarbeit und Präsenzen auf Social Media, organisierte Veranstaltungen und beteiligte sich an Kampagnen. Beim Hessentag 2025 erreichten die Aidshilfen mit einem gemeinsamen Informationsstand ein breites Publikum und vermittelten aktuelles Wissen über HIV und Akzeptanz queerer Lebensweisen.

Auch die politische Interessenvertretung blieb ein zentraler Bestandteil der Arbeit. Der Verband führte Gespräche mit Ministerien und Landtagsfraktionen und brachte fachliche Perspektiven ein.

Die Rahmenbedingungen der Arbeit waren im Jahr 2025 herausfordernd: Steigende Kosten, unsichere Förderperspektiven und wachsende bürokratische Anforderungen erhöhen den Druck auf die oft kleinen Aidshilfe-Vereine vor Ort. Gleichzeitig befindet sich die Aidshilfe in einem Generationenwechsel – neue Fachkräfte bringen frische Impulse und entwickeln die Arbeit weiter.

Insgesamt zeigt sich: Die hessischen Aidshilfen leisten auch unter schwierigen Bedingungen einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention, Versorgung und Interessenvertretung im Bereich HIV und anderer sexuell übertragbarer Infektionen.

Aktuelles aus den Regionen

Das Angebot der neun hessischen Aidshilfen ist vielfältig. Die genauen Inhalte sind dabei an den Bedarfen der Menschen in den jeweiligen Regionen orientiert. Bei der Ausgestaltung werden immer wieder aktuelle Entwicklungen berücksichtigt. An dieser Stelle berichten wir über aktuelle Beispiele für Initiativen der Aidshilfen im Jahr 2025. Eine Übersicht der regionalen Angebote gibt es auf der Website des Landesverbands.

Mobiles HCV-Testangebot in Kassel

In Kooperation der Aidshilfe mit der Drogenhilfe Nordhessen wurden an mehreren Orten in Kassel kostenfreie Testungen auf Hepatitis C (HCV) angeboten. Unter Drogen gebrauchenden Menschen ist die HCV-Prävalenz gegenüber der Gesamtbevölkerung deutlich erhöht. Es mangelt aber an Test-Angeboten, die die besonderen Bedürfnisse der Gruppe berücksichtigt. 2025 konnten bei insgesamt drei Testaktionen in Kassel nun zusätzlich 24 Personen aus der Zielgruppe getestet werden.

Queerfeindliche Gewalt und die Auswirkungen von Crackkonsum als Herausforderungen in Marburg

Als Reaktion auf die zunehmenden Anfeindungen gegenüber queeren sowie dafür gehaltenen Menschen, setzt die Aids-Hilfe Marburg einen zusätzlichen Arbeitsschwerpunkt. Neben einer Vertiefung der bestehenden Zusammenarbeit mit den Antidiskriminierungsstellen sowie der Durchführung von Veranstaltungen, wurden zur Etablierung von Angeboten der Opferhilfe die fachlich notwendigen Schritte auf den Weg gebracht.

Im Bereich des Streetwork- und der Drogenarbeit wurden die Safer-Use-Angebote im Hinblick auf das Aufkommen des Konsums von Crack erweitert. In Zusammenarbeit mit der Diakonie beteiligt sich die Aidshilfe angesichts der zunehmend auftretenden Obdachlosigkeit an der überlebensnotwendigen Grundversorgung, insbesondere dem Kälteschutz.

Gesundheitsförderung und Unterstützung für Drogen gebrauchende Menschen in Fulda

Die Aidshilfe Fulda hat ihr Angebot niedrigschwelliger Hilfen ausgebaut: Bereits seit mehreren Jahren bietet der Verein im Streetwork praktische Überlebenshilfen für Menschen, die Drogen gebrauchen, an. Nun hat der Träger die Funktion der „Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle (PSKB)“ übernommen. Die PSKB bietet Personen in Substitutionsbehandlung kontinuierliche Beratung, Begleitung und Unterstützung. Diese Hilfe ist oft essenziell,

damit eine Substitutionsbehandlung erfolgreich verläuft. Ohne den Einsatz der Aidshilfe Fulda gäbe es in der Stadt ein solches Angebot aktuell nicht mehr.

Neue Gruppenangebote im Hauschildzentrum Gießen

Das Hauschildzentrum der Aidshilfe Gießen bietet ein breites Angebot der Unterstützung für queere Menschen an. Im vergangenen Jahr wurden hier u. a. drei neue Gruppenangebote gestartet: Eine Elterngruppe, die Gruppe „Reizarm“ für TIN-Personen mit Beeinträchtigungen und eine Kochgruppe, die allen Nutzer*innen des Zentrums offensteht.

Fortbildung für Intensivpflegekräfte Hanau

Im Rahmen der Fachweiterbildung für Anästhesie und Intensivpflegekräfte bietet die Aids-Hilfe Hanau seit dem vergangenen Jahr Veranstaltungen zu den Themen HIV/Aids im pflegerischen Kontext, zielgruppenspezifische Besonderheiten und psychosoziale Aspekte an. Dabei wird zudem für die Thematik sexuelle Identität/Orientierung sensibilisiert.

*Engagement für queere Senior*innen in Frankfurt*

Die AIDS-Hilfe Frankfurt entwickelt ihr langjähriges Projekt „Rosa Paten“ weiter und führt es seit 2026 unter dem neuen Namen „RegenbogenBuddies“ fort. Damit richtet sich das Angebot erstmals ausdrücklich an alle queeren Senior*innen – lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und nicht-binäre Menschen.

Das Projekt baut auf über zwanzig Jahren Erfahrung in der ehrenamtlichen Begleitung älterer Menschen auf. Ziel ist es, Einsamkeit und soziale Isolation zu verringern und queeren Menschen im Alter mehr Teilhabe und Zugehörigkeit zu ermöglichen. Denn viele von ihnen nutzen klassische Angebote der Senior*innen-Hilfe aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oder fehlenden sozialen Netzwerken nur eingeschränkt.

Die RegenbogenBuddies schaffen niedrigschwellige Unterstützungsangebote: Ehrenamtliche besuchen ältere queere Menschen

zu Hause, begleiten sie im Alltag oder gestalten gemeinsame Freizeitaktivitäten. Dabei setzt das Projekt auf Begegnungen auf Augenhöhe und gegenseitiges Verständnis.

Bewährte Schulungs- und Begleitungskonzepte bleiben erhalten und werden um queer-sensible sowie diversitätsorientierte Inhalte ergänzt. Dazu gehören Wissen über unterschiedliche Lebensrealitäten, Diskriminierungs- und Alterserfahrungen sowie Kommunikations- und Beratungskompetenzen. Mit dem neuen Konzept reagiert die AIDS-Hilfe Frankfurt auf den wachsenden Bedarf an queer-sensiblen Angeboten in der Senior*innen-Hilfe. „Die Lebensrealitäten queerer Menschen im Alter sind vielfältig. Sie alle verdienen Sichtbarkeit, Respekt und Zugehörigkeit“, sagt Projektleiter Roland Marzinowski.

Das Projekt wird durch das Programm „Würde im Alter“ der Stadt Frankfurt am Main gefördert.

Kulturprogramm in Offenbach

Anlässlich des Welt-Aids-Tages durfte die Aids-hilfe Offenbach den Schriftsteller Ozan Zakeriya Keskinliç zu einer Lesung in der Stadt begrüßen. Er ist Autor des Romans „Hundesohn“, der 2025 viel Beachtung fand. Das Buch reflektiert die besonderen Erfahrungen von queeren Menschen mit Migrationsbiografie. Die Veranstaltung bot den Rahmen für bereichernde Diskussionen der Zuhörenden.

Hohe Nachfrage an das Testangebot in Darmstadt

Zweimal monatlich bietet die Aidshilfe Darmstadt anonyme und niedrigschwellige Schnelltests auf HIV, Hepatitis C und Syphilis an. Für Auszubildende, Studierende und Beziehende von Sozialleistungen ist das Angebot kostenfrei. Die Etablierung des Angebots füllt eine Lücke im südhessischen Raum. Im Jahr 2025 waren die angebotenen Testangebote oft ausgebucht. Wichtig ist es der Aidshilfe, die Testungen mit einem Zugang zur individuellen Beratung zu verbinden.

Leben mit HIV in Hessen

*Vertreter*innen der
Aidshilfe und Selbst-
hilfe-Aktivistinnen mit
Markus Schmidt (2.
v.r.) und Petra Hirdes
(1. v.r.) vom Landes-
wohlfahrtsverband.*

Das Referat „Leben mit HIV in Hessen“ stärkt seit 2024 die landesweite Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit HIV. Es verbindet fachliche Qualitätsentwicklung der Angebote für Menschen mit HIV, politische Interessenvertretung, Selbsthilfeförderung und Antidiskriminierungsarbeit. 2025 stand die Weiterentwicklung der Aidshilfe Angebote der Eingliederungshilfe im Mittelpunkt.

Die Eingliederungshilfe der Aidshilfen (Assistenz in der eigenen Häuslichkeit, früher: „ambulant betreutes Wohnen“) unterstützt Menschen mit HIV und zusätzlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen dabei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das Referat übernimmt hierbei eine koordinierende und qualitätssichernde Rolle und vermittelt zwischen Aidshilfen, Kostenträgern und Landespolitik.

Ein zentraler Arbeitsort ist die Landesarbeitsgemeinschaft „Betreutes Wohnen“, die 2025 regelmäßig tagte. Im Austausch der hessischen Aidshilfen wurden fachliche Standards weiterentwickelt und aktuelle Herausforderungen diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei der demografische Wandel: Immer mehr Nutzer*innen der Angebote befinden sich in einem höheren Lebensalter und benötigen zusätzliche Unterstützung. Deutlich wurde, dass bestehende Strukturen der Eingliederungshilfe auf diese Entwicklung noch nicht ausreichend vorbereitet sind. Insbesondere Übergänge in die Pflege stellen eine Herausforderung dar, da Zuständigkeiten und Finanzierungen oft unklar sind.

Kooperation mit dem Landeswohlfahrtsverband

Ein wichtiger Partner ist der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen als Kostenträger der Eingliederungshilfe. 2025 fand wieder ein gemeinsamer Fachtag der Aidshilfen mit dem LWV statt. Die Veranstaltung „HIV im Alter“ am 09.09.2025 Marburg brachte Fachkräfte aus Aidshilfen und Verwaltung zusammen und förderte ein gemeinsames Verständnis für die sich verändernden Bedarfe älterer Menschen mit HIV. Praxisbeispiele und Perspektiven aus der Community machten deutlich, wo Anpassungen erforderlich sind. Ergänzend wurde im November 2025 eine Basisschulung für Mitarbeitende des LWV durchgeführt. Ziel war es, Wissen über HIV, Lebenslagen der Betroffenen und die Arbeit der Aidshilfen zu vermitteln sowie für Diskriminierungsrisiken zu sensibilisieren.



In die Diskussionen um mögliche Kürzungen bei der Eingliederungshilfe und den sog. „Zukunftssicherungsbeitrag“ brachte das Referat die Perspektiven der Aidshilfen ein. Zudem wurden bestehende Vereinbarungen mit dem LWV überprüft und Impulse zur Weiterentwicklung eingebracht, etwa zur Frage, wie HIV im Kontext von Behinderung fachlich eingeordnet werden kann.

Antidiskriminierungsarbeit

Antidiskriminierungsarbeit soll als eigenständiger Arbeitsschwerpunkt des Referats entwickelt werden. Ziel ist es, HIV-bezogene Diskriminierung systematisch zu erfassen, Betroffene zu unterstützen und diskriminierende Strukturen langfristig abzubauen.

Das Referat beteiligte sich 2025 aktiv am Facharbeitskreis Antidiskriminierung der Deutschen Aidshilfe. Auf Landesebene gestaltete das Referat im Rahmen eines Fachtags der AIDS-Hilfe Hessen einen Workshop zur Prävention in migrantischen Communities. Im Fokus standen Mehrfachdiskriminierungen, etwa im Zusammenspiel von HIV, Herkunft und sozialer Lage. Der Austausch mit Fachkräften und externen Expert*innen diente dazu, Bedarfe sichtbar zu machen, Projektideen zu entwickeln und die Grundlage für zukünftige Kooperationen zu legen.

Antidiskriminierungsarbeit ist kein isoliertes Handlungsfeld, sondern eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Aidshilfe betrifft. Sie ist eng verknüpft mit Fragen der Gesundheitsversorgung, der sozialen Teilhabe und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Der weitere Ausbau entsprechender Strukturen bleibt daher eine zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre.

Miteinander stärkt im Leben mit HIV:

Das Netzwerk Pro Plus Hessen



Das landesweite Netzwerk Pro Plus Hessen ist ein zentraler Bestandteil der Selbsthilfearbeit für Menschen mit HIV im Bundesland. Auch 2025 hat das Netzwerk eine Reihe von Austausch- und Beteiligungsformaten angeboten.

Positiventreffen 2025: Begegnung, Austausch, Empowerment

Das jährliche Positiventreffen bildet das Herzstück der Selbsthilfearbeit des Netzwerks. Es schafft einen geschützten Raum, in dem Menschen mit HIV sich austauschen, vernetzen und gegenseitig stärken können.

Das Treffen fand vom 21.–24. August 2025 erstmals im Seminarhaus Rommerz in Neuhoof statt. Mit 24 Teilnehmenden bot das viertägige Treffen ein vielfältiges Programm aus insgesamt sieben Workshops und Gruppenangeboten: *„Achtsam in den Tag“*, *„Diskriminierung im Gesundheitswesen: Erfahrungen und ein starker Umgang“*, *„Tanzmeditation – Conscious Dance“*, *„Raus damit! – Schreibworkshop“*, *„Art Open Space“*, *„Positiv altern“*, *„Retreat“*.

Neben den einzelnen Programmpunkten stand vor allem der persönliche Austausch im Mittelpunkt. Das Treffen ermöglichte es den Teilnehmenden, ihre Erfahrungen zu teilen, neue Perspektiven zu gewinnen und ihre Selbsthilfepotenziale zu stärken. Die Auswertung der anonymen Feedbackbögen zeigt eine sehr hohe Zufriedenheit und eine starke Bindung an das Format. Beim Positiventreffen entstehen in jedem Jahr Kontakte und Netzwerke, die auch im Alltag gepflegt werden.

Netzwerktreffen

2025 fanden vier ganztägige Netzwerktreffen – überwiegend in Marburg – statt. Ergänzend wurden digitale Austauschformate weiter ausgebaut, um die Zusammenarbeit effizient zu gestalten und auch neue Interessierte niedrigschwellig einzubinden. Die Kombination aus Präsenz- und Onlineformaten hat sich bewährt: Sie ermöglicht sowohl verbindliche Zusammenarbeit als auch flexible Beteiligung. Ein Netzwerktreffen im November diente zudem als Klausur zur strategischen Planung der Aktivitäten für das Folgejahr.

Informationsreihe zur elektronischen Patientenakte (ePA)

Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag auf der Auseinandersetzung mit der elektronischen Patientenakte (ePA). Vor dem Hintergrund von Datenschutzfragen und möglichen Diskriminierungsrisiken wurden mehrere Informationsveranstaltungen organisiert. Nach einer ersten Veranstaltung 2024 wurden 2025 drei weitere Termine in Kassel, Wiesbaden und Gießen durchgeführt. Expertin Marie-Claire Koch informierte über rechtliche Rahmenbedingungen, praktische Nutzung und den Umgang mit sensiblen Gesundheitsdaten. (Siehe unten: Artikel zur elektronischen Patient*innenakte.) Die Veranstaltungen boten Raum für Austausch und kritische Diskussion. Deutlich wurde, dass viele Menschen mit HIV die ePA mit Zurückhaltung betrachten.

Biografiearbeit: Selbstreflexion und Sichtbarkeit

Ein neues Format stellte 2025 ein mehrtägiger Workshop zur Biografiearbeit dar, der vom 21.–23. November in Lahntal stattfand. Aufbauend auf Interessen aus dem Positiventreffen bot die Veranstaltung Raum, eigene Lebensgeschichten mit HIV zu reflektieren und zu verschriftlichen. Die Biografiearbeit stärkt Selbstbewusstsein und Resilienz, indem individuelle Erfahrungen bewusst gemacht und eingeordnet werden.

Elektronische Patientenakte:

Vulnerable Gruppen und das Risiko der Diskriminierung

Ein zentrales Versprechen der elektronischen Patientenakte (ePA) ist die Stärkung der Patientensouveränität. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass das System gerade für vulnerable Gruppen Risiken birgt. Zum Beispiel für Menschen mit einer HIV-Infektion: Diskriminierung im Gesundheitswesen – etwa in zahnärztlichen Praxen – ist für Betroffene weiterhin Realität. Die Deutsche Aidshilfe hatte in der Vergangenheit gewarnt, dass unzureichend durchdachte Technik Diskriminierung befördern kann. Wenn Patienten ihre Infektion nicht offenlegen wollen, müssen sie die relevanten Dokumente für alle verbergen. Ein feingranulares Berechtigungsmanagement, bei dem Patienten gezielt steuern können, welche Praxis welche Diagnose sieht, fehlt in der aktuellen „ePA für alle“ (Version 3.0). In früheren Versionen der Akte war eine solche detaillierte Zugriffssteuerung noch möglich, sie wurde jedoch mit der Umstellung abgeschafft, damit mehr Daten zur Verfügung stehen. Das System kennt nun oft nur „alles oder nichts“. Damit wächst auch das Diskriminierungsrisiko.

Zwar müssen Ärztinnen und Ärzte Patientinnen und Patienten vor der Speicherung besonders sensibler Daten, etwa zu Schwangerschaftsabbrüchen, sexuell übertragbaren Infektionen oder psychischen Erkrankungen, ausdrücklich auf ihr Widerspruchsrecht hinweisen. In der Realität des Praxis- oder Klinikalltags droht diese Aufklärungspflicht jedoch oftmals unterzugehen.

Auch Verbände wie der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen wiesen in der Vergangenheit darauf hin, dass es Patienten gibt, die etwa aufgrund krankheitsbedingter Konzentrationsprobleme nicht in der Lage sind, Aufklärungsbögen vollständig zu erfassen und einer Datenspeicherung rechtzeitig zu widersprechen. Zudem warnt das Deutsche Psychotherapeutennetzwerk vor einem lückenhaften Schutz der ePA-Daten – etwa vor behördlichen Zugriffen – und fordert eine „observationsfreie Zone“. Ein unzureichender Schutz birgt die Gefahr der ungewollten Offenlegung und kann dazu führen, dass psychisch erkrankte Menschen aus Sorge um ihre Daten notwendige Behandlungen meiden. Vor solchen und ähnlichen



Gastbeitrag von Marie-Claire Koch

Die Autorin ist Redakteurin beim IT-Nachrichtenportal [heise online](#) und schreibt dort vorrangig über den Bereich Digital Health.

2024 und 2025 gestaltete sie mehrere Workshops der Aids-Hilfe Hessen, bei denen sich Menschen, die mit HIV leben, über die neu eingeführte ePA informieren konnten.

Szenarien warnen Datenschützer immer wieder. In der Vergangenheit sind bereits unglückliche Situationen für Patienten entstanden, die nicht wussten, welche Daten über sie in der ePA für andere Ärzte sichtbar sind.

Hinzu kommt, dass diese Sichtbarkeit nicht nur punktuell ist: Arztpraxen erhalten im Behandlungskontext standardmäßig für 90 Tage, Apotheken für drei Tage Zugriff auf die ePA. Diesbezügliche Änderungen zur Dauer des Zugriffs und weitere Einstellungen lassen sich jedoch über die App oder die Ombudsstelle der Krankenkasse von den gesetzlich Versicherten selbst oder durch deren Vertreter ändern.

Positiv hervorzuheben ist zudem, dass bei der elektronischen Medikationsliste bereits nachgebessert wurde: Inzwischen können Nutzer einstellen, welche Fachpersonen beziehungsweise medizinischen Einrichtungen Zugriff auf die Medikation haben. Zudem stehen auch die Abrechnungsdaten der Krankenkassen nicht mehr automatisch allen am Behandlungskontext Beteiligten, wie Ärzten oder Apothekern, in der ePA zur Verfügung und sind nach dem Einstellen durch die Krankenkassen in der Grundeinstellung nur den Versicherten selbst sichtbar.

Mangelnde Barrierefreiheit und Hürden beim Zugang

Allerdings ist die ePA für viele Versicherte schwer zugänglich. Für den Zugang zur ePA ist eine GesundheitsID notwendig, über die bisher 5,2 Millionen gesetzlich Versicherte verfügen. Diese kann mit dem elektronischen Personalausweis samt PIN oder mit der elektronischen Gesundheitskarte und deren PIN erstellt werden. Viele haben diese PIN aber nicht parat oder vergessen. Künftig soll hier auch die geplante EUDI-Wallet (European Digital Identity Wallet) zum Einsatz kommen. Diese soll zwar für eine leichtere Anbindung und die Nachnutzung einer bereits erstellten digitalen Identität sorgen, könnte jedoch bei einer schlechten technischen Umsetzung ebenfalls zur Gefahr werden.

Hinzu kommt, dass die ePA mit dem Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (GeDIG) immer stärker zur zentralen Gesundheits-App ausgebaut werden soll. Der Entwurf spricht ausdrücklich von einer Weiterentwicklung der ePA hin zu einem „persönlichen Gesundheitsdatenraum“. Über den neuen „digitalen Versorgungseinstieg“ sollen in der ePA-App künftig unter anderem Terminbuchungen, telemedizinische Leistungen, Ersteinschätzungen und perspektivisch auch die Nutzung der elektronischen Überweisung gebündelt werden. Die ePA soll längst nicht mehr nur Akte sein, sondern zur zentralen Oberfläche für immer mehr Abläufe im Gesundheitssystem werden.

Technische Stabilität und Abhängigkeit von US-Konzernen

Gerade diese Funktionsausweitung wirft zusätzliche Fragen auf, weil die technische Stabilität der Infrastruktur weiterhin kein Nebenthema ist. Ausfälle in der Telematikinfrastruktur (TI), dem Gesundheitsnetz, über das die Daten verschlüsselt übermittelt werden, kommen vor. Nicht zufällig nennt der GeDIG-Entwurf die Verbesserung der Betriebsstabilität der Telematikinfrastruktur ausdrücklich als eigenes Gesetzesziel. Auch bei den verschiedenen

Krankenkassen gibt es immer wieder Probleme, die die Zusammenarbeit und die Interoperabilität der Aktensysteme betreffen. So wurden bei der AOK Bayern versehentlich Patientenakten gelöscht, deren Wiederherstellungsprozess auch nach Monaten noch lief. Dass nun noch weitere Anbieter, wie etwa die Telekom, mit einer eigenen ePA auf den Markt drängen, erhöht die Komplexität und mögliche Reibungsverluste an den Schnittstellen.

Ein weiteres Risiko ist die Abhängigkeit von US-amerikanischen App-Stores und Betriebssystemen. Ob kritische Gesundheitsinfrastruktur den Update-Zyklen von Apple und Google unterworfen sein sollte, ist aufgrund des Support-Endes von Android 13 (und auch iOS 17) wieder Gegenstand von Diskussionen. Ab Juli werden Millionen (potenzielle) Nutzer älterer Smartphones von der aktiven Nutzung der ePA-App und weiteren Diensten der Telematikinfrastruktur ausgeschlossen. Damit wird perspektivisch der Zugang zu einer Anwendung verhindert, die immer mehr zentrale Aufgaben im Versorgungssystem bündeln soll. Ein oft thematisiertes Problem ist zudem die mangelnde Barrierefreiheit der Anwendungen, die gerade multimorbide oder technisch weniger versierte Menschen von der Nutzung ausschließt. Das hatte in der Vergangenheit bereits der Sozialverband VdK Deutschland kritisiert.

Mangelnde Aufklärung über Datenweitergabe

Ein weiterer Aspekt, der vielen Versicherten bisher noch nicht bewusst ist: Ab Oktober sollen erste Daten aus der ePA an das Forschungsdatenzentrum Gesundheit (FDZ Gesundheit) fließen und perspektivisch im Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) zur Verfügung stehen. Noch informieren die Krankenkassen ihre Versicherten nicht darüber. Gegen die Weitergabe der Daten können Versicherte widersprechen, erste Krankenkassen nehmen den Widerspruch bereits entgegen.

Nicht widersprechen können Versicherte der Abgabe ihrer pseudonymisierten Abrechnungsdaten an das FDZ Gesundheit. Gegen diese zentrale Speicherung von rund 73 Millionen Versichertendaten klagt aktuell die Gesellschaft für Freiheitsrechte gemeinsam mit der Informatikerin Constanze Kurz vom Chaos Computer Club und einem Patienten. Aus dem Gutachten des Kryptografie-Experten Dominique Schröder geht hervor, dass die aktuelle Form der Pseudonymisierung keinen ausreichenden Schutz biete, „da sich Betroffene durch Abgleich mit anderen Datensätzen wieder identifizieren ließen“. Ein grundlegendes Problem bei diesen Plänen ist die unzureichende Information der Bevölkerung. Die zahlreichen Widerspruchsrechte sind nur den wenigsten bekannt. Lukas Auer, Referent für Digitalisierung im Gesundheitswesen beim Bundesverband der Verbraucherzentralen, merkt an, dass nach wie vor zu wenige Menschen gut aufgeklärt sind und der Mehrwert der ePA noch zu gering ist. Die meisten Versicherten wissen nicht, dass ihre Daten aus der ePA künftig für Forschungszwecke genutzt werden können. Details dazu, wie die Daten die Privatsphäre bewahrend gespeichert und zur Verfügung gestellt werden, sind noch nicht veröffentlicht. Angesichts der verschiedenen Widerspruchsmöglichkeiten – sei es etwa gegen die Akte an sich, die Forschungsdatenausleitung oder die Auswertung der Abrechnungsdaten durch die Krankenkassen – verlieren Patienten schnell den Überblick.

Mit dem GeDIG sollen Krankenkassen darüber hinaus deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und mehr Gesundheitsdaten auswerten dürfen. Einen allgemeinen Zugriff auf die ePA sollen sie zwar weiterhin nicht erhalten, trotzdem droht Kritikern zufolge damit eine weitere Verschiebung ihrer Rolle – weg vom reinen Kostenträger hin zu einem Akteur, der auf Basis großer Datenbestände Einfluss gewinnt.

Wenn diese kontinuierlich und schnell wachsenden Datenpools nicht umfassend abgesichert werden, bilden sie ein potenzielles Ziel für Cyberkriminelle und staatliche Akteure. Gesundheitsdaten landen so immer wieder im Darknet – oft begünstigt durch triviale Schwachstellen wie schlecht gesicherte Server oder gestohlene Zugangsdaten. Doch auch Innentäter haben in der Vergangenheit bereits sensible Gesundheitsdaten weitergegeben. Erst kürzlich standen Gesundheits- und Genomdaten aus der UK Biobank auf der asiatischen Handelsplattform Alibaba zum Verkauf. Werden verschiedene Datenpools zusammengeführt, lassen sich leichter Rückschlüsse auf Individuen ziehen.

„Daten sind das neue Öl“

Mit Blick auf immer mehr Daten, die beim FDZ gesammelt und der Forschung – aktuell mehrheitlich der Pharmaindustrie – in speziell abgesicherten digitalen Räumen zur Verfügung gestellt werden, steigen die Anforderungen an die IT-Sicherheit weiter. Das Bundesgesundheitsministerium verspricht, in Cybersicherheit zu investieren. Diese Daten aus unterschiedlichen Quellen des Gesundheitswesens, etwa aus den mehr als 350 medizinischen Registern und den elektronischen Patientenakten, sollen bis zu 100 Jahre gespeichert werden. Experten wie der ehemalige Datenschutzbeauftragte Schleswig-Holsteins, Thilo Weichert, kritisieren Gesetze wie das geplante Medizinregistergesetz scharf. Dabei handelt es sich um eines der Gesetze, die ebenfalls Teil einer Strategie sind, nach welcher Datennutzung Vorrang vor Vertraulichkeit hat. Die Verantwortlichen betonen stets den hohen wirtschaftlichen Wert der Daten, die als „das neue Öl“ gelten. Je weiter diese Vorhaben voranschreiten, desto höher werden jedoch die Anforderungen an Transparenz, technische Absicherung und den Schutz sensibler Patientendaten – gerade bei besonders schutzbedürftigen Gruppen.

Präventionsziele 2030

Aufgrund eines Landtagsbeschlusses hat Hessen 2021 seine Unterstützung der globalen Präventionsziele von UNAIDS (das Aidsprogramm der Vereinten Nationen) unterstrichen. Im zeitlichen Umfeld dieser Entscheidung wurde mit finanzieller Unterstützung des Landes und im Auftrag der AIDS-Hilfe Hessen eine Studie angefertigt, die den Stand der Prävention und Versorgung sowie Entwicklungsbedarfe aufzeigt (Deimel et. al. 2022). Die in der Studie enthaltenen Empfehlungen bieten einen auf Evidenz beruhenden Leitfaden zur Entwicklung notwendiger Maßnahmen, um allen Menschen Zugang zu Möglichkeiten des Schutzes und im Bedarfsfalle der Versorgung zu ermöglichen.

Seit der Veröffentlichung der Studie engagiert sich die AIDS-Hilfe Hessen für die schrittweise Umsetzung der Empfehlungen. Konkrete Ergebnisse sind neben kleineren Einzelmaßnahmen u. a. der Aufbau der Projekte „Präventionsautomaten“ und „Prävention in Haft“ (Berichte in diesem Heft). Zudem besteht eine Arbeitsgruppe „Präventionsziele 2030“ der Aids-Hilfe Hessen. Sie organisierte 2025 zwei Fachveranstaltungen: „Kein Versicherungsschutz – und jetzt?“ sowie die Jahrestagung „Prävention konkret“.

***Virtueller Fachtag: Kein Versicherungsschutz – und jetzt?
Praktische Zugänge für den Umgang mit Nichtversicherten in Hessen
am 03.12.2025***

Die Online-Fachtagung machte sichtbar: Vereinzelte Praxisprojekte – Clearingstellen, Medinetze oder Malteser – sichern zwar eine Basisversorgung von Nichtversicherten, stoßen aber schnell an ihre Grenzen. Bürokratische und rechtliche Hürden sowie Gefühle der Scham von Betroffenen erschweren den Zugang zur Versorgung zusätzlich. Gefordert sind klare strukturelle Lösungen – von flächendeckenden Clearingstellen über anonyme Behandlungsscheine bis hin zu besserer Koordination der Hilfen und nachhaltiger finanzieller Absicherung.

Fachtag Prävention konkret am 01.04.2025 in Frankfurt

*Rund um die Umsetzung der Empfehlungen zu den UNAIDS-Zielen finden in Hessen seit mehreren Jahren regelmäßig Fachtage statt. Ziel ist es, Handlungsfelder zu beleuchten, relevante Akteur*innen vernetzen und die Umsetzung von Maßnahmen vorbereiten.* 2025 hat die Aids-Hilfe Hessen die Tagung „Prävention konkret“ in Kooperation mit der Frankfurt University of Applied Sciences durchgeführt. Etwa 70 Menschen aus Aids-, Sucht- und Selbsthilfe, von Gesundheitsämtern und Verwaltungen und weitere Interessierte, kamen zusammen. Ziel war die Initiierung von Aktivitäten, die in den hessischen Regionen möglichst bald umgesetzt werden können – pragmatisch und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, die von HIV besonders bedroht oder betroffen sind.

Zusammenhang von gesundheitlicher und sozialer Situation

In den Tag leiteten **Dr. Katharina Böhm**, Geschäftsführerin der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAGE), und **Mario Ferranti**, Geschäftsführer der Aidshilfe Marburg, ein. Die Vorträge beleuchteten die sozialen Determinanten von Gesundheit. Böhm stellte Daten zum Zusammenhang von Lebenserwartung und sozialer Deprivation vor. Zudem referierte sie wesentliche wissenschaftliche Konzepte zum Zusammenhang von sozialer Lage und individueller Gesundheit. Schließlich appellierte sie für eine Stärkung von Präventionsbemühungen – vor dem Hintergrund, dass Deutschland im europäischen Vergleich sehr hohe Gesundheitskosten je Einwohner hat. Prävention entlaste auch die Volkswirtschaft.

HIV und die Verknüpfung von Stigmatisierungen

Ferranti bot eine Zusammenfassung des Konzepts der strukturellen Prävention, das Aidshilfen seit Gründung in den 1980er Jahren entwickelt haben. Dieses Konzept berücksichtigt die Tatsache, dass Menschen, die in Deutschland von HIV/Aids bedroht oder betroffen sind, besonders häufig zu gesellschaftlich ohnehin marginalisierten Gruppen zählen: Schwule, Drogen gebrauchende Menschen und Menschen aus Ländern mit höherer Prävalenz.

Die Strategie der Aidshilfen umfasst daher, den Angehörigen dieser Gruppen die Chance auf ein besseres Selbsterleben zu bieten. Damit soll den Erfahrungen von Abwertung durch Diskriminierung etwas entgegengesetzt werden. Die individuelle Motivation zur Selbstsorge kann nicht vom Selbstwertgefühl der Menschen getrennt werden. Entscheidend ist zudem die pragmatische Weitergabe von Informationen und Materialien zu Schutz und Schadensminimierung z. B. beim Sex oder Substanzkonsum.

Ein Checkmobil für Testungen in der Fläche

Nach den Vorträgen und der Diskussion hierzu teilte sich das Plenum in vier Workshops auf. Eine Gruppe beschäftigte sich mit der Möglichkeit mobiler Testangebote. Das „Checkmobil“ aus Schleswig-Holstein konnte vor Ort auf dem Hof der Hochschule besichtigt werden. Projektleiterin [Louisa Glaum](#) berichtete von der Arbeit: Das Checkmobil versorgt durch Tageseinsätze an diversen Standorten des Landes „vulnerable Personen“ (z. B. Drogen Gebrauchende und Wohnungslose) mit Angeboten von Tests auf HIV und Hepatitiden. Eine notwendige Behandlung konnte in vielen Fällen initiiert und unterstützt werden. In Hessen besteht aktuell kein vergleichbares Angebot. In einigen Regionen des Landes gibt es aber nur wenige anonyme und niedrigschwellig zugängliche Testangebote. Im Workshop wurden Bedarfe und Umsetzungsideen für mobile Angebote besprochen.

Safer Use ist auch Thema außerhalb der Großstadt

2024 hat die Aids-Hilfe Hessen das Projekt „Präventionsautomaten“ gestartet. Damit sollen Utensilien für den schadensminimierenden Safer Use von Substanzen und Safer-Sex-Utensilien hessenweit besser verteilt werden. Aus Anlass des Projektstarts informierten der Koordinator [Christian Rosner](#) und [Bernd Werse](#), Professor für Soziale Arbeit an der Frankfurt UAS, mit einem Workshop „Safer Use im ländlichen Raum“. In den Impulsen wurde deutlich, dass der wissenschaftliche Kenntnisstand über Substanzverbreitung und Konsummuster außerhalb der Metropolen noch gering ist. Es ist aber Tatsache, dass Konsument*innen im gesamten Bundesland leben. Aufgrund des Mangels an niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten in vielen Regionen fällt einem Teil von ihnen eine gänzliche Lösung von der Szene in Frankfurt schwer, was auch die dortigen Probleme verschärft. Präventionsautomaten gehören zu den Maßnahmen, die hier eine gewisse Abhilfe schaffen könnten, zudem würden sie helfen, Neuinfektionen zu vermeiden.

Spezifische Prävention im migrantisch geprägten Hessen

Die Studie „Ziele der HIV-Prävention“ enthält Empfehlungen für eine verbesserte Versorgung von Migrant*innen mit Präventionsangeboten. Im Workshop „Präventionsangebote für migrantische Communities“ mit [Pierre Mayamba](#) (Sozialarbeiter bei der Aids-Hilfe Essen) und [Nina Baghery](#) (Referentin für „Leben mit HIV“ bei der Aids-Hilfe Hessen) wurde diese Forderung zunächst mit einer sorgfältigen Begriffsbestimmung konfrontiert. Hingewiesen wurde dabei unter anderem auf unterschiedliche Aufenthaltsstatus mit den

einhergehenden Hürden beim Zugang zum Gesundheitswesen und Formen rassistischer Diskriminierung, die sich mit der Thematik HIV verschränken können. Unterstrichen wurde auch die Bedeutung spezifischer Präventionsangebote vor dem Hintergrund, dass Hessen das Flächenland mit dem höchsten Anteil von Menschen mit sog. „Migrationshintergrund“ ist, und ein hoher Anteil der Neuinfektionen Menschen, die zugewandert sind, betrifft. Inspiriert von Mayambas Bericht über die Arbeit des Projekts „Missa NRW“ konnten die Teilnehmenden im Anschluss eigene Überlegungen zur Gestaltung von Präventionsangeboten entwickeln.

Sensibilisierung der Pflege nötig

Die Aidshilfe betrachtet die Stufen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention als eine Einheit. Daher sollte im Kontext eines Tages zur Prävention nicht nur die Verhinderung von Neuinfektionen, sondern auch die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen, die mit HIV leben, betrachtet werden. Eine Herausforderung der nächsten Jahre ist dabei die Tatsache, dass der Anteil älterer Menschen, die mit HIV leben, immer größer wird. Bereits heute ist die Mehrheit der Menschen, die in Deutschland mit HIV leben, über 50 Jahre alt. Im Workshop „HIV im Alter“ stellte Kerstin Mörsch von der Kontaktstelle HIV-bezogene Diskriminierung der Deutschen Aidshilfe vorläufige Ergebnisse einer Befragung älterer Menschen mit HIV vor. Hier zeigte sich, dass die Befragten gesundheitliche Einschränkungen oft nicht mit der Tatsache der Infektion in Verbindung bringen. Relativ viele geben zudem an, gute Vorsorge betrieben zu haben. Als eine Belastung wird aber Isolation/Einsamkeit gesehen. Pflegeleiter Volker Wierz aus Berlin referierte zudem über medizinische Herausforderungen im Kontext HIV und Alter sowie die bislang insgesamt mangelnde Sensibilisierung von Pflegeeinrichtungen. Anzuknüpfen wäre in Hessen etwa bei der Gestaltung der Curricula der Pflegeschulen.

Intensivere Zusammenarbeit von Aidshilfen und Strafvollzug im Rahmen eines Pilotprojekts

Zum Abschluss des Fachtages wurde im Rahmen eines Podiums auf ein besonderes Arbeitsfeld der Prävention hingewiesen: Die Situation von Menschen in Haft. Viele von ihnen gehören zu Gruppen mit erhöhten Prävalenzen von HIV und Hepatitiden. Es bestehen Verknüpfungen zum Thema Substanzkonsum und seinen Bedingungen im Haftkontext und der Stigmatisierung von Lebensweisen.



Dr. Katharina Böhm



Mario Ferranti



Louisa Glaum

Als Ehrengast begrüßte der Fachtag *Tanja Eichner*, Staatssekretärin im Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat. Fachkundige Auskunft über die medizinische Versorgung in Haft, insbesondere auch im Kontext Suchtmedizin, bot zudem *Dr. Simone Dorn*, lfd. Medizinaldirektorin im Justizvollzug. Im Austausch mit Selbsthilfevertreterin *Claudia Ak*, Wissenschaftlerin *Maike O'Reilly* (u. a. Frankfurt UAS) und *Dirk Schäffer*, Referent für Drogen und Strafvollzug der Deutschen Aidshilfe, wurden gemeinsame Einschätzungen und Unterschiede deutlich. Insbesondere zur Aidshilfe-Empfehlung, im Haftkontext sterile Konsumutensilien zur Verfügung zu stellen, konnte keine Einigkeit wahrgenommen werden. Allerdings sollen der hessische Strafvollzug und die Aidshilfen in Zukunft wieder enger zusammenarbeiten. Zum Beispiel durch das Angebot von Workshops in einer Justizvollzugsanstalt und sozialarbeiterischer Unterstützung beim Übergang in die Freiheit. Im Anschluss an eine Haft sind die medizinische Weiterversorgung und der Krankenversicherungsschutz oftmals nicht gegeben. Hier soll Aidshilfe Unterstützung für Betroffene leisten.



*Pierre Mayamba,
Aids-Hilfe Essen (l.).*



*Kerstin Mörsch, Deutsche Aidshilfe;
Volker Wierz, Pflegeleitung
St. Joseph Berlin.*



*Tanja Eichner, Staatssekretärin
im Hessischen Ministerium der Justiz
und für den Rechtsstaat (l.), Florian Beger,
Aids-Hilfe Hessen (r.).*



*Dr. Simone Dorn,
ltd. Medizinaldirektorin
im Justizvollzug (l.).*

*Nina Bagheri, Aids-Hilfe
Hessen (r.).*

*Prof. Dr. Bernd Werse,
Frankfurt University
of Applied Sciences
(r. unten).*



*Christian Rosner,
Aids-Hilfe Hessen.*

„Hessen ist geil!“

HESSEN IST
GEIL!

Auch im Jahr 2025 hat das Präventionsprojekt „Hessen ist geil!“ (HIG) zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der queeren Community auf den Weg gebracht. Die hierbei verfolgten Projekte sind vielfältig. Ob Unterstützung von STI-Primärprävention, Veranstaltungsorganisation oder Projektförderung – HIG stellt sich weiterhin breit auf und steht der hessischen LSBT*IQ-Community zur Seite.

Ein Kernbereich des Projekts ist die Versorgung der Community mit Informationen und Materialien, die der Gesundheitsförderung dienen. Dies beinhaltet die Herstellung von Präventionsmitteln, aber auch das Verteilen von Flyern und Erstellen von Social-Media-Posts. Zum Welt-AIDS-Tag haben wir auf unseren Social-Media-Kanälen einen Blick auf aktuelle Bedarfe und die historische Entwicklung der Versorgung HIV-positiver Menschen geworfen, indem wir Interviews mit Perspektiven aus Zeitgeschichte, Medizin und Aktivismus produziert haben. Auch haben wir konkrete Informationen zu aktuellen Gesundheitsthemen herausgegeben, wie unsere Aufklärung zum Für und Wider der sogenannten „Doxy-PEP“. Des Weiteren hat uns das Thema sexualisierter Gewalt in der queeren Community beschäftigt, weshalb wir eine Broschüre zum Thema sexuelles Einvernehmen gestaltet haben. Doch auch über unsere Öffentlichkeitsarbeit hinaus konnten wir uns um Gewaltprävention kümmern, indem wir Förderungen für entsprechende Projekte bereitgestellt haben. So konnten wir beispielsweise eine entsprechende Workshopreihe der Aidshilfe Kassel unterstützen, die anlässlich des Welt-Aids-Tags stattfand. Auch Präsenz zeigen ist uns wichtig – daher kann man Vertreter*innen des Projekts jedes Jahr zu verschiedensten Anlässen in der queeren Community treffen. So waren wir auch im Jahr 2025 an Ständen auf dem Christopher Street Day in Frankfurt am Main, wie auch dem CSD in Fulda vertreten. Ebenso konnte eine gut besuchte Buchbesprechung zum Thema des queeren Alterns mit dem schwulen Seniorentreff Café Karussell auf die Beine gestellt werden. Mit einer Filmvorführung der Dokumentation „Die Uneinsichtigen“ haben wir im Kino Caligari einen historischen Blick auf die AIDS-Krise geworfen. Letztere Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Aidshilfe Wiesbaden organisiert und beinhaltete ein Bühnengespräch mit Zeitzeug*innen und einer der Regisseurinnen des Films.



Präventionsautomaten in Hessen

Mehr Zugang, mehr Schutz, mehr Möglichkeiten:

Das Projekt „Präventionsautomaten in Hessen“ hat 2025 wichtige Schritte gemacht, um Drogen gebrauchenden Menschen einen niedrigschwelligen, anonymen und rund um die Uhr verfügbaren Zugang zu Safer-Use- und Safer-Sex-Utensilien zu ermöglichen. Die Automaten sollen künftig sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen Hessens einen notwendigen Beitrag zur Infektionsprophylaxe beim Drogengebrauch leisten, indem sie den Zugang zu sterilen Konsumutensilien erleichtern.

Netzwerke stärken, Standorte entwickeln

Im Laufe des Jahres wurden Gespräche zu bestehenden und neuen Standorten in mehreren Regionen Hessens intensiviert. Der Austausch mit kommunalen Akteur*innen sowie Einrichtungen der Aids- und Drogenhilfe bildete dabei das Fundament. Vielfältige Gespräche mit regionalen Netzwerkpartner*innen untermauerten die Bedarfe im Bereich Safer Use und Safer Sex vor Ort.

Ein besonderer Meilenstein: die Präsentation auf dem Fachtag „Prävention konkret“. Hier stieß das Projekt auf großes Interesse – insbesondere mit Blick auf Versorgungslücken im ländlichen Raum. Daraus entstanden neue Kooperationen, unter anderem im Main-Kinzig-Kreis, und weitere belastbare Netzwerke.

Sichtbar und verständlich

Parallel wurde die visuelle und inhaltliche Gestaltung der Automaten entwickelt. Neben einem ansprechenden Foliendesign mit weiterführenden Informationen zu Beratungsmöglichkeiten wurden die Produktverpackungen der Safer-Use- und Safer-Sex-Packs übersichtlich, farblich differenziert und mit praktischen Tipps zum sicheren Gebrauch versehen. Ergänzend entstand ein Flyer, der kompakt über Nutzung, Inhalte und Standorte der Präventionsautomaten informiert.



Von der Idee zum Betrieb

Auch strukturell wurde das Projekt entscheidend vorangebracht. Das Sortiment wurde bedarfsgerecht kalkuliert und weiterentwickelt – mit dem Ziel, ein bezahlbares und passgenaues Angebot bereitzustellen. Neun unterschiedliche Packungseinheiten decken verschiedene Konsumformen ab, darunter spezielle Sets für Crack-Konsum und intravenösen Gebrauch sowie Angebote zu Pflege und Safer Sex. Besonders wichtig: Die Perspektiven von Betroffenen fließen direkt in die Zusammenstellung des Sortimentes ein.



Sortiment des Präventionsautomaten.

Erste Bestellungen durch Träger zeigen die hohe Praxisrelevanz

Zudem konnte ein Automatenhersteller gefunden und eine Schulung für zukünftige Automatenbetreiber*innen vorbereitet werden. Gegen Jahresende wurden die ersten Automaten installiert – in Frankfurt, Hanau und Fulda – mit geplanter Inbetriebnahme 2026.

Neue Impulse im Bereich Chemsex

Ein weiterer Fokus lag auf der vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema Chemsex. In Kooperation mit einer Beratungsstelle wurde ein Fragebogen entwickelt und ausgewertet. Die Rückmeldungen zeigen: Automaten werden als anonyme Versorgungsoption grundsätzlich positiv bewertet, gleichzeitig besteht Bedarf an stärker spezialisierten Angeboten. Neben Automaten bleiben auch Apotheken, Beratungsstellen und Online-Shops relevant – wobei insbesondere der Wunsch nach Anonymität eine zentrale Rolle spielt. Auffällig ist zudem die Verbreitung spezifischer Konsumpraktiken wie dem „Booty Bumping“. Daraus ergeben sich konkrete Ansätze für neue Produktentwicklungen.

Fazit

2025 war ein Jahr des Aufbaus, der Vernetzung und der konkreten Umsetzung. Das Projekt ist sichtbar gewachsen – fachlich, strukturell und im Netzwerk. Die Grundlage für einen erfolgreichen Start der Automaten im Jahr 2026 ist gelegt.

Safer Sex
Kondom Pack



Eröffnung des Präventionsautomats in Hanau.

*Ute Engel, Geschäftsführung Diakonie Hanau,
Chris Rosner, Aids-Hilfe Hessen,
Hannah Pfister, Diakonie Hanau,
Samuel Mergenthal, Geschäftsführung
Diakonie Hanau (v.l.n.r.).*

Bürgermeister Dr. Maximilian Bieri (unten).



*Andreas Hofmann, Erster Beigeordneter
Main-Kinzig-Kreis (r.).*



Gesundheitsförderung im Strafvollzug

Gesundheit endet nicht an Gefängnismauern – und sie darf auch nach der Entlassung nicht abbrechen. Genau hier setzte die Projektarbeit 2025 an: mit dem Ziel, Versorgungslücken zu schließen und Wissen zu stärken.

Übergang Haft–Freiheit: Gute Idee, schwierige Umsetzung

Geplant war ein Projekt zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung Drogen gebrauchender Menschen nach der Haftentlassung. Themen wie Substitution, Krankenversicherung und die Behandlung von Infektionskrankungen standen im Fokus. Gespräche mit dem Justiz- und Gesundheitsministerium Hessen sowie die Suche nach Kooperationspartner*innen wurden angestoßen. Die Umsetzung scheiterte jedoch an fehlenden Ressourcen: Strukturen der Aidshilfe-Haftarbeit wurden vor einigen Jahren stark gekürzt, ein Wiederaufbau wäre aktuell nicht leistbar gewesen. Das Vorhaben bleibt dennoch fachlich relevant und perspektivisch wichtig.

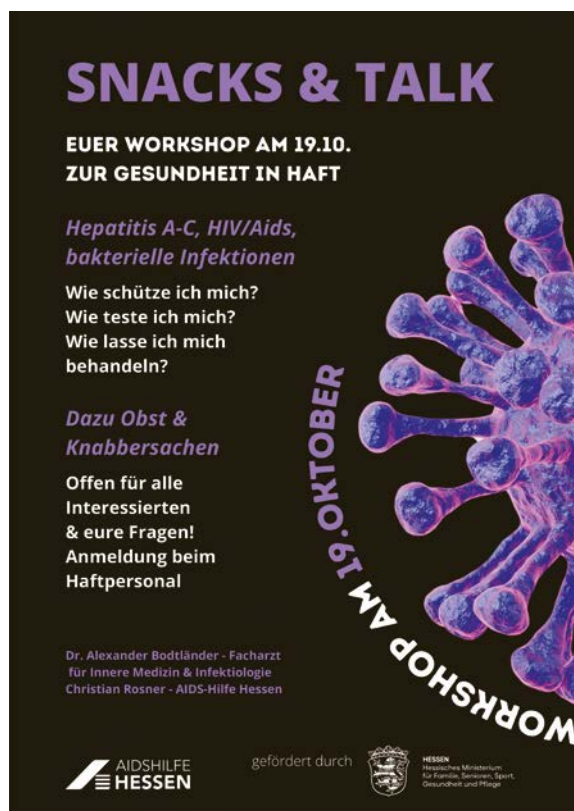
Stattdessen: Wissen in die Praxis bringen

Erfolgreich umgesetzt wurde 2025 ein neues Workshop-Format zur Gesundheitsaufklärung in hessischen Justizvollzugsanstalten. Ziel: fundiertes Wissen zu HIV, Hepatitiden und anderen sexuell übertragbaren Infektionen vermitteln – praxisnah, verständlich und ohne moralische Beurteilung. Gleichzeitig sollten Ängste abgebaut und Handlungssicherheit im Haftalltag gestärkt werden.

Workshops mit Wirkung

Insgesamt fanden zwei Veranstaltungen statt – in Darmstadt und Kassel I – jeweils mit getrennten Workshops für Bedienstete und Inhaftierte.

In der JVA Darmstadt nahmen zwölf Mitarbeitende und zehn Inhaftierte teil. Für Bedienstete standen konkrete Risikosituationen im Arbeitsalltag im Mittelpunkt, etwa bei Zellenkontrollen oder Kontakt mit Blut. Medizinische Grundlagen, Hygiene, Impfungen und Notfallmaßnahmen wurden praxisnah vermittelt. Ergebnis: mehr Sicherheit im Umgang mit potenziellen Infektionsrisiken.



Bei den Inhaftierten lag der Fokus auf Übertragungswegen, Testmöglichkeiten, Prävention (inklusive Impfung und PrEP) sowie Behandlung. Der Austausch war lebendig, das Interesse hoch. Geäußert wurde ein Bedarf nach zugänglicheren Informationen zu Testangeboten bei Haftbeginn.

Auch in der JVA Kassel I wurde das Format erfolgreich umgesetzt. Zwei Inhaftierte nutzten den Workshop intensiv für individuelle Fragen, insbesondere zu Hepatitis und Infektionsprophylaxe nach der Entlassung. Fünf Bedienstete – vor allem aus Pflege und Psychologie – setzten sich mit

Übertragungsrisiken, sexueller Gesundheit und bestehenden Tabus im Haftkontext auseinander. Der Wunsch nach weiterer Fortbildung zu diesen Themen wurde deutlich formuliert.

Fazit: Das Angebot wird fortgesetzt

Die Workshops wurden durchweg positiv bewertet – sowohl von Teilnehmenden als auch von Anstaltsleitungen. Sie zeigen: Es gibt einen klaren Bedarf an kontinuierlicher Aufklärung zu Gesundheit in Haft. Zukünftige Veranstaltungen sollen mit Unterstützung der Justizvollzugsanstalten nochmal stärker beworben werden, um das Angebot für eine größere Zahl von Inhaftierten und Bediensteten möglich zu machen.

Mit dem Format der Workshops ist ein wichtiger Schritt gelungen, um Wissen zugänglich zu machen, Unsicherheiten abzubauen und einen ergänzenden Beitrag zur Gesundheitsversorgung im Justizvollzug zu leisten.

Weitere Veranstaltungen werden im Jahr 2026 stattfinden.

Rainbow Refugee Support



In vielen Staaten der Erde erleiden Menschen staatliche oder gesellschaftliche Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. In manchen Ländern sind diese Menschen sogar von der Todesstrafe bedroht. Einige dieser Menschen flüchten daher auf der Suche nach einem Leben, in dem sie ihre Identität offen und sicher leben können, nach Deutschland.

Seit 2017 unterstützt das Beratungsnetzwerk „Rainbow Refugee Support“ (RRS) queere Geflüchtete in Hessen bei der Bewältigung verschiedenster Hürden und Problemstellungen. In Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden gibt es örtliche Anlaufstellen im Rahmen der Aids-hilfen. Dort wird ein umfassendes Beratungs- und Begleitungsangebot angeboten. 2025 nahmen dieses 388 Menschen in Anspruch. Die Soziale Arbeit vor Ort wird durch den Landesverband mit Hilfe einer Förderung des Landessozialministeriums finanziert.

Breites Spektrum an Beratungsthemen und Unterstützungsangeboten

Die Leistungen des RRS decken ein breites Spektrum ab, um den spezifischen Bedarfen geflüchteter LSBT*IQ-Personen gerecht zu werden. Hierzu gehören unter anderem Hilfe bei der Orientierung im Alltag, bei Behörden-gängen, dem Navigieren des Gesundheitssystems, dem Finden von Arbeits-plätzen und Wohnungen sowie Aufklärung über Ansprüche auf Sozialleistungen. Auch unterstützt der Rainbow Refugee Support bei Fragen persönlicher Identität, denn häufig müssen sich Nutzer*innen des Projekts zunächst klarer darüber werden, wie ihre geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung am besten beschrieben werden kann. Das ist wichtig für ein stabiles Selbstwertgefühl, spielt aber auch eine Rolle für die Bleibeperspektive – denn im Asylverfahren gehört zur glaubhaften Darstellung des Fluchtgrunds oft eine konkrete Beschreibung, welche Aspekte der eigenen Identität zu Verfolgung geführt haben.

Da Verfolgung und Flucht häufig traumatisierend sind, vermittelt der RRS nach Bedarf in psychotherapeutische oder psychiatrische Behandlung. Hilfreich bei der Auseinandersetzung mit solchen Erfahrungen können auch durch den RRS bereitgestellte Gruppenangebote sein. Solcher Austausch mit Menschen in vergleichbaren Situationen kann zu einem gestärkten Selbstbild beitragen und so das allgemeine Wohlbefinden und den Integrations-erfolg steigern. Auch über psychische Themen hinaus unterstützt der RRS bei Fragen der Gesundheit. Asylsuchende haben ausschließlich Anspruch

auf die Behandlung akuter Erkrankungen und erhalten erst nach einem positivem Asylbescheid eine Gesundheitskarte. Daher berät das Projekt bei der Klärung von Leistungsansprüchen und komplexen gesundheitlichen Situationen wie HIV-Infektionen und medizinischen Transitionsprozessen.

Ein Netzwerk für zielgenaue Unterstützung.

Im Jahr 2025 konnte der RRS eine Vielzahl von Kooperationen realisieren und das Angebot des Projekts verbreitern. So konnte beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Frankfurt etabliert werden, wo nun ein Gesprächskreis für Farsi sprechende trans* und non-binäre Menschen eingerichtet wurde. Auch fanden mehrere Schulungen und Vorträge für Personen außerhalb der queeren Geflüchtetenarbeit statt. So konnten entsprechende Veranstaltungen mit dem Deutschen Roten Kreuz Frankfurt und den Landessozialarbeiter*innen der Hessischen Erstaufnahmen durchgeführt werden. Auch fand ein Vortrag vor Studierenden der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit statt. Das Etablieren solcher Kontakte sensibilisiert für die Bedarfe LSBT*IQ-Geflüchteter und erzielt so eine Wirkung über die Grenzen des Projekts hinaus.

Außerdem zu erwähnen ist das Engagement des Projekts für eine sichere Unterbringung queerer Geflüchteter. Häufig hilft der RRS Geflüchteten, die in ihrer Unterbringung Anfeindungen und Gewalt erfahren müssen oder keinen Platz in den Schutzbereichen der Erstaufnahmen finden. In solchen Fällen können Geflüchtete einen Platz in einer der Unterkünfte erhalten, die in Zusammenarbeit mit Städten wie Rüsselsheim, Wiesbaden und Darmstadt erarbeitet wurden. Durch vergleichbare Maßnahmen sollen zukünftig weitere zielgruppenspezifische Unterkünfte geschaffen werden, um das Risiko von Diskriminierung in der Unterbringung zu minimieren.

Übergabe des Förderbescheids für den Rainbow Refugee Support durch Sozialministerin Heike Hofmann (6. v.l.). Mit der Hessischen Antidiskriminierungsbeauftragten Berivan Sekerci (5. v. l.) und der Landtagsabgeordneten Tanja Jost (7. v.l.).



Finanzen 2025

Einnahmen		Anteil
Zuwendung Land Hessen:		
• Ministerium für Familie und Gesundheit	203.644,19 €	41,0 %
• Ministerium für Integration und Soziales	159.805,78 €	32,2 %
Selbsthilfeförderung der Gesetzlichen		
Krankenversicherung	63.733,50 €	12,8 %
Mitgliedsbeiträge	30.300,00 €	6,1 %
Sponsorings und Spenden von Pharmaunternehmen	21.112,00 €	4,3 %
Geldauflagen	6.050,00 €	1,2 %
Zuwendung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands	5.000,00 €	1,0 %
Freie und zweckgebundene Spenden	2.020,00 €	0,4 %
Teilnehmendengebühren	1.920,00 €	0,4 %
Einnahmen aus Verkauf von Präventionsutensilien	1.904,43 €	0,4 %
Honorare	700,00 €	0,1 %
Entnahme aus Rücklagen	463,80 €	0,1 %
Summe	496.653,70 €	
Ausgaben		
Personalkosten des Landesverbands	244.073,84 €	49,1 %
Honorare für externe Dienstleister	8.680,24 €	1,7 %
Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige	2.780,00 €	0,6 %
Mittelweiterleitung an Mitgliedsorganisationen (Rainbow Refugee Support)	162.022,25 €	32,6 %
Geschäftsbedarf, Telekommunikation, Porto	3.971,80 €	0,8 %
Geräte, Präventionsautomaten	11.087,50 €	2,2 %
Miete Geschäftsstelle, Raumbewirtschaftung, Ausstattung	18.893,30 €	3,8 %
Veranstaltungen	27.261,01 €	5,5 %
Reisekosten	4.438,47 €	0,9 %
Öffentlichkeitsarbeit	3.673,38 €	0,7 %
Versicherungen	655,14 €	0,1 %
Verbandsbeiträge	2.450,86 €	0,5 %
Kommunikationsmittel, Präventionsutensilien	5.898,79 €	1,2 %
Vermischtes	767,12 €	0,2 %
Summe	496.653,70 €	





Aidshilfe Hessen 2025